Editorial : Sozialismus am Ende?

Autor(en): **P.F.**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **10 (1990)**

Heft 19

PDF erstellt am: **12.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

Sozialismus am Ende?

Aus Ideen werden Märkte.
Deutsche Bank

Dieser Satz, so der Dramatiker Heiner Müller (Zur Lage der Nation), ist die "absolut brutalste Formel für das, was jetzt passiert." Und fragt weiter, warum die Revolutionen in diesem Jahrhundert in die Konterrevolutionen münden. "Die Mumifizierung Lenins", schreibt er, "war das Ende der Weltrevolution", Stalin folglich die Konterrevolution, eine Geschichte, die auch Gorbatschow gefangen hält.

Neue Experimente mit einer "regulierten Marktwirtschaft", rigorose Preisreformen, die weitere Armut, Arbeitslose und Arbeiterunruhen zur Folge haben werden; akute Zahlungskrise (in deutschen Bankenkreisen spricht man zynisch vom "finanziellen Tschernobyl"), schwelende Nationalitätenkonflikte sowie wachsende rassistische und antisemitische Tendenzen in der russischen Bevölkerung und ausserhalb der SU könnten trotz Gorbatschows historischer Abrüstungs- und Friedenspolitik das Reformprojekt der Perestrojka endgültig scheitern lassen. Es gibt nicht wenige im Osten und im Westen, die damit rechnen. Vorläufig gilt es, eine extreme Krisenlage zu normalisieren, im Vertrauen auf das "gemeinsame europäische Haus". Gorbatschow-Berater Daschitschew antwortet auf die Frage, ob in der SU der Kapitalismus Einzug halte, dass "die Begriffe Sozialismus und Kapitalismus überholt sind; im kommenden Europa geht es um Pluralismus" (Deutschlandfunk).

Das "Un-Recht von Jalta", so Otto v. Habsburg (Finanz und Wirtschaft), hat den "abendländischen Reichsgedanken" und die "Seele" für "Europas Wiedergeburt" am Leben erhalten. Gegen Jalta gilt es für die restaurativ-nationalen Kräfte, wie R. Opitz früh erkannte, ein "völkisch gegliedertes" Europa zu organisieren, eine "Neuordnung Europas", die durch die deutsch-deutsche Machtpolitik an Konturen gewinnt. Was Hitler 1941/42 nicht gelang, könnte nach R. Altmann im Schutze der NATO die "Europäische Marktgemeinschaft" als "Unternehmen" leisten, die "Rekonstruktion Europas durch die politische Ökonomie" (Merkur) wobei der Markt als "Schauplatz der industriellen Demokratie" in der Perspektive einer "grossräumigen ökonomischen Integration" funktioniert.

Einig sind sich die Führungskräfte der Weltmächte, dass der Westen den Kalten Krieg "gewonnen" hat. Diesen "Sieg nicht zu nutzen", so H. Schmidt und M.G. Dönhoff (DIE ZEIT), "wäre fast ein Verbrechen"; nur ein neuer westeuropäischer Marshallplan wird die osteuropäischen Demokratien retten. Und nur wenn das "gemeinsame europäische Haus" belastbar genug sein wird, die Wohlstands-Allianz genügend europäisiert, wird sich Europa von den "Problemen der Entwicklungsländern" nicht "überfahren" lassen und den "Untergang des Abendlandes" abwenden.

Geschlagen hat die "Stunde der Ökonomen" (FAZ), eine neue "System-

debatte“ begleitet programmatisch die Neuentfesselung der imperialistischen Dynamik. Nach Bundeswirtschaftsminister H. Haussmann muss “die Chance der Internationalisierung offensiv“ genutzt werden, die “Idee der Marktwirtschaft weltweit zu verankern.“ (DIE ZEIT) Die EG als Modell für eine “Weltgemeinschaft ziviler Handelsnationen“ eröffnet eine weltkapitalistische “Vision des Europäischen Wirtschaftsraumes 'vom Atlantik bis zum Ural'“. Diese “Logik“ des Marktes fragt nach Effizienz und Rentabilität, ruft aber auch nach einer aktualisierten, griffigen Sprachregelung, man rang um eine strategische Wendung: “Alle Versuche, den Sozialismus zu reformieren, sind zum Scheitern verurteilt. Die Soziale Marktwirtschaft ist der Dritte Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus“ (FAZ). Die“Unmöglichkeit“eines dritten, sozialistischen Weges scheint auch bei der NZZ noch geklärt werden zu müssen, als ob am Nachweis des “Sozialismus als intellektuellem Irrtum“ (NZZ) des Antirationalisten F.A. Hayek, der von “selektiver Evolution“ sehr viel, von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit ziemlich wenig hält, neue Zweifel entstanden wären. So braucht die Marktwirtschaft “Aufklärungsarbeit“, wird doch eine “ordnungspolitische Verwahrlosung der Schweiz“ diagnostiziert; im Vordergrund stünden “Mechanismen der Demokratie“, die zu einer “fortlaufenden Unterminierung der Marktwirtschaft“ auch in der Schweiz führen (NZZ 10./11.3.90).

*

Hat nun der Kapitalismus, wie wirtschaftsliberale Marktstrategen dennoch triumphieren, über den Sozialismus “gesiegt“? *S. Sarkar* insistiert gegenüber der eurozentristischen 'West-Ost'-Blickverengung auf den internationalistischen Standpunkt: Es ist der Kollaps des planwirtschaftlichen Industrialismus in den osteuropäischen Ländern, der dem Neokolonialismus weniger reicher kapitalistischer Länder dort zum Durchbruch verholfen hat – und zu welchem Preis! Zunehmende Armut in der Dritten Welt, Ressourcenknappheit, unbedingte Steuerung des Wachstzumsabbaus sowie ein neuer Verteilungskrieg werden, falls die Menschheit sich eine Zukunft bewahren will, einen ökologischen Sozialismus erzwingen. In *J. Juchlers* “Weltsystem-Perspektive” sind die Entwicklungen der sozialistischen Gesellschaften Varianten eines modernen Zivilisationstyps, der sich u.a. durch einen fatalen Hyper-industrialismus auszeichnet. Die von ihm skizzierten Szenarien für die postkommunistische Phase in einigen Ländern Osteuropas, deren Wirtschaftspolitik unter dem Diktat des IWF und der 'Ostentwicklungs- Banken' steht, weisen, so Juchler; auf eine “Lateinamerikanisierung“ der Verhältnisse dort hin.

Keinen Grund für einen Abschied von der klassischen Sicht der politischen Arbeiterbewegung sieht *P. Ruben.* Seine bei Marx gewonnene Kritik an der stalinistischen Planwirtschaft,die “rohkommunistische“ Lösung der sozialen Frage unter völliger Preisgabe der Sozialität, setzt das Prinzip der produzierenden Gemeinschaft, die Genossenschaft, frei für den Beginn eines “modernen“ Sozialismus. Nach dem Ende des Leninismus und dem Irrweg des romantischen Utopismus steht für *H. Kleger* ein Rückgriff auf den

Vorkriegssozialismus, den Revisionismus von Eduard Bernstein an. Im Anschluss an einen Reaktualisierungsversuch in den 70er Jahren innerhalb der SPD konstatiert er in Bernsteins evolutionärem Sozialismus eine erstaunliche Modernität: das Primat der Demokratie und eine kulturliberale Transformationsstrategie, so zum Beispiel eine Verwandlung der sozialdemokratisch integrierten Arbeiterbewegung in eine internationale Bürgerrechtsbewegung. Wenn zukunftsweisender Sozialismus, wie *W.F. Haug* fordert, ins Zivilgesellschaftliche übersetzt werden muss, so wird jede Konzeption eines Demokratischen Sozialismus, auf den sich gegenwärtig manche berufen, die Fragen nach Markt und Vergesellschaftung neu stellen müssen. So fehlt es in den derzeit geführten Debatten, etwa über den "Marktsozialismus", an strategischer Verknüpfung von Krisenfeldern, an "struktureller Hegemonie", die auf der Tagesordnung steht.

O. Šik, eine der Schlüsselfiguren des "Prager Frühlings", hält an einem Dritten Weg zwischen dirigistischer Planwirtschaft und privatkapitalistisch organisierter Marktwirtschaft fest. Seines Erachtens werden sich über die jetzige Umbruchphase hinaus in Osteuropa neuartige Genossenschaftsformen durchsetzen; von der Humanen Wirtschaftsdemokratie, einem sozialökonomisch kohärenten "Systemmodell", welches er und seine Mitarbeiter seit 1979 verfeinert haben, gehen erneut wichtige Reformimpulse aus. Jenseits von Ökotechnokratie kapitalistischen oder sozialistischen Zuschnitts, gegen deren Weltmarkt-Ökonomie weltweit revoltiert wird, gewinnen soziale Phantasien an Boden. Mit der Erinnerung an die athenische Agorà, einst das Herz der attischen Demokratie, klagt *P.M.* die Souveränität der Teilnehmer an einem neuen Marktplatz ein, der ohne reale gesellschaftliche Selbstorganisation nicht entstehen kann.

Die Schweizer Grossbanken, die hierzulande ohne demokratische Kontrolle einen "Staat im Staat" (Ziegler) bilden und ihre kriminell-korrekten Finanzgeschäfte praktizieren, verzeichneten 1989 Rekordgewinne. Die Umstrukturierung der internationalen Finanzmärkte könnte, wie *G. Trepp* anmerkt, die privilegierte Stellung des Finanzplatzes Schweiz nachhaltig verändern. Nicht nur haben die Banken ihre "Publikumsgesellschaft Schweiz" fest in der Hand, die "politische Klasse" der Bourgeosie hat den Staatsschutz jahrzehntelang zur Errichtung einer helvetischen Apartheid eingesetzt.

Die Staatsschutzaffäre, die nach *A. Künzli* eine strukturelle Systemkrise und eine Krise der politischen Kultur manifestiert, macht deutlich, in welchem Ausmass sich der "totalitäre Machtanspruch" des Staates gegen seine Bürger und Bürgerinnen gerichtet hat und dass wirkliche Demokratie und kapitalistische Wirtschaftsmacht unvereinbar sind.

Zu unterschiedlicher Kritik gibt die Volksinitiative "Schweiz ohne Schnüffelpolizei" (SoS) Anlass. Wer hat, so fragt das *'Komitee gegen Isolationshaft',* letztlich ein Interesse an einer "Staatsschutzkrise"? Arbeitet diese Initiative nicht den Strategen der Inneren Sicherheit in die Hände, denen eine Perfektionierung des Staatsschutzapparats gelegen kommt? Demgegenüber ist für *Th. Gabathuler* die Initiative, strafrechtspolitisch gesehen, auf alle Fälle zu unterstützen; unhaltbare Gesinnungsparagraphen im StGB dürfen

nicht weiter eine politische Opportunität fördern, die über Legalität oder Illegalität beim strafrechtlichen Staatsschutz entscheidet. Die Krise der Demokratie, die sich durch die politische Aufklärung über totale Volksüberwachung zugespitzt hat, steht in engem Zusammenhang mit dem überraschenden Abstimmungsresultat der GSoA-Initiative im November 1989: Die "Wehrwillens-Nation" wurde fundamental geschwächt; der militärisch-industrielle Komplex, seine Repräsentanten sind in eine Legitimationskrise sondergleichen geraten. Im Zuge des Umbruchs in Osteuropa und des Integrationsdrucks durch die "Europäische Gemeinschaft", so eine der Thesen der *Redaktion,* wird sich national-staatliche Sicherheitspolitik suprastaatlichen Kontrollstrategien unterwerfen, während die Dynamik der Kapitalverwertung multinationaler Unternehmen eine ohnehin schwache Kontrollgewalt der repräsentativen Demokratie de facto ausser Kraft setzt.

In einem Rückblick auf die politologische Frauenforschung der 80er Jahre zieht *C. v. Werlhof* kritische Bilanz. Unscharfe Analysen des "politischen Systems" verfestigen traditionelle Politikformen, blenden in Demokratien die "heimliche" Diktatur dort aus, wo die Gewalt gegen Frauen beginnt. Es stimmt nachdenklich, dass Frauen nach wie vor an der "neuen phallokratischen Maschinenherrschaft" partizipieren.

Was der Demokratietheoretiker R. Dahl 1986 festhielt, dass "votes count, but often organizational resources decide", nimmt *S. Flaig* zum Ausgangspunkt seines Kommentars zu den Wahlen in Nicaragua. Die Interventionspolitik der USA und ihrer Verbündeten auf verschiedenen Ebenen seit 1981/82 liess der Sandinistischen Revolution kaum eine Chance. In seinem Plädoyer für eine Zivilisation der Armut warnt *I. Ellacuría* vor einem Import des westlichen Demokratiemodells in Zentralamerika, das Menschenrechten keine Geltung verschafft, den Staatsterrorismus hingegen zur Verteidigungsdoktrin erhebt.

Steht nach der Rehabilitierung von Bucharin in der SU jetzt auch diejenige von Trotzki bevor? *P. Hubers* Bericht über ein Trotzki-Symposium, an dem auch sowjetische Historiker teilnahmen, stimmt eher skeptisch. Ein breiteres Interesse, so *H. Hug* in seinem Forschungsbericht, ist indes am historischen Anarchismus (von Bakunin bis Landauer) und am Frühsozialismus entstanden. Das Scheitern des staatszentrierten Revolutionsmodells, die anhaltende Krise des wissenschaftlich- industriellen Fortschritts, ein ökologisches Umdenken haben das Gedankengut der libertären Tradition, des Kultursozialismus, wiederbelebt.

Wir kommen in dieser neuen "Epoche der Ambivalenz und der Kontroversen" (P. Weiss) um eine nochmalige Aufarbeitung der Erfahrungen und des verschütteten Materials, das uns die Geschichte des Sozialismus hinterlässt, nicht herum; darauf aufmerksam machen einige *Rezensionen.* Dabei habe, wie Habermas schreibt, die nicht-kommunistische Linke, die den "Staatssozialismus" stets kritisiert hat und so ohne "Kontaktschuld ist", keinen Grund zur "Depression". Aber in der Geschichte des Sozialismus, die für Heiner Müller "die Tragödie des Jahrhunderts ist", werden wir, was die Zukunft ihrer Subjekte angeht, über Schuldfragen hinausgehen müssen.

Dazu dieses Heft. **P.F.**